



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15862
Dienstag, 21. Juli 2020

Köstinger: Verhandlungen um EU-Budget bringen exzellentes Ergebnis für Österreich	1
Moosbrugger: EU-Budget - Verhandlungserfolg bringt Bauern mehr Sicherheit	2
EU-Gipfel: Verpflichtendes "Capping" ist vom Tisch	3
EU-Agrarministerrat: 5% Brache reichen	4
Köstinger: Informationsoffensive für ein gutes Miteinander auf den Almen gestartet	5
Bauernbund: 35 Mio. Euro mehr für Land- und Forstwirtschaft schaffen Zukunftsperspektive	7
EU-Budget: Agrarpolitiker begrüßen Ergebnis für Österreichs Land- und Forstwirtschaft	8
Schmuckenschlager: GAP-Budget stärkt heimische Betriebe	9
Kartoffelmarkt: Sehr großes Angebot frühreifender Sorten wartet auf Abnehmer	10
Land Oberösterreich fördert Ankauf weiblicher Zuchtrinder	11
Tirol: DNA-Analyse bestätigt Wolfsverdacht im Bezirk Reutte	11
Ukraine: Weitere Bestandseinbußen in der Veredelungswirtschaft	12

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger: Verhandlungen um EU-Budget bringen exzellentes Ergebnis für Österreich

Schwierige Verhandlungen haben sich ausgezahlt - Bauern können aufatmen

Wien/Brüssel, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Als "Meilenstein in der österreichischen Agrarpolitik" bezeichnet Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** den Verhandlungserfolg von Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Sondergipfel der 27 EU-Mitgliedstaaten in Brüssel, der nach mehrtägigen Beratungen am frühen Dienstagmorgen zu Ende gegangen ist. "War im ersten Vorschlag der EU-Kommission noch ein Minus von 770 Mio. Euro im Agrarbudget für Österreich für den Zeitraum 2021 bis 2027 veranschlagt, haben wir es nicht nur geschafft die Ländliche Entwicklung abzusichern, sondern sogar auszubauen und das gesamte Agrarbudget somit um 35 Mio. Euro zu erhöhen. Österreich hat einen Extra-Zuschlag für die in Österreich so erfolgreiche Ländliche Entwicklung von 250 Mio. Euro verhandelt", freut sich Köstinger. Die Corona-Krise habe die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit sicheren Lebensmitteln besonders sichtbar gemacht. Die Landwirtschaft leiste überdies einen wichtigen Beitrag zum Erhalt sowie zur Weiterentwicklung vitaler ländlicher Räume. * * * *

"Die Land- und Forstwirtschaft ist unsere Lebensader des ländlichen Raumes. Mit dem Ausbau der Ländlichen Entwicklung können wir den österreichischen Weg der Agrarpolitik weiterführen, aber auch unser Erfolgsprogramm zur biologischen Landwirtschaft, die Programme zur Förderung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten sowie unser einzigartiges Agrarumweltprogramm weiterentwickeln. Damit werden wir auch in Zukunft flächendeckende Landwirtschaft in Österreich möglich machen", erklärt Köstinger.

Die erhöhten Umwelt- und Klimaziele in der GAP seien eine zusätzliche Herausforderung für die österreichische Landwirtschaft, weshalb Kürzungen im Agrarbudget und insbesondere in der Ländlichen Entwicklung für Österreich nicht akzeptabel gewesen wären. "In der abgelaufenen Periode machte das EU-Agrarbudget mehr als 35% des gesamten EU-Haushaltes aus. Dementsprechend hat die Einigung beim Mehrjährigen Finanzrahmen beziehungsweise beim Wiederaufbaufonds 'NextGenerationEU' auch eine direkte Auswirkung auf das Agrarbudget. Jetzt liegt es an der deutschen Ratspräsidentschaft, zügig an der GAP weiterzuarbeiten, um unseren Bäuerinnen und Bauern nun endlich Planungssicherheit zu geben. Sie arbeiten 365 Tage im Jahr dafür, dass wir frische und hochqualitative Lebensmittel auf unseren Tellern haben. Mit diesem Paket im Mehrjährigen Finanzrahmen zeigen wir auch unsere Wertschätzung gegenüber dieser harten Arbeit und senden ein wichtiges Signal für die produzierende Landwirtschaft in Österreich aus", betont die Landwirtschaftsministerin.

Nach dem jüngsten Verhandlungsergebnis wird das Agrarbudget für Österreich im Zeitraum 2021 bis 2027 um rund 35 Mio. Euro aufgestockt, das ist ein Plus von jährlich 5 Mio. Euro beziehungsweise 0,4% im Vergleich zu 2014 bis 2020. Während die Direktzahlungen (Flächenzahlungen) hierzulande jährlich um 18 Mio. Euro oder 2,6% sinken sollen, sind für das Programm Ländliche Entwicklung zusätzlich 23 Mio. Euro (+4,1%) pro Jahr vorgesehen. (Schluss)

Moosbrugger: EU-Budget - Verhandlungserfolg bringt Bauern mehr Sicherheit

LK Österreich: Gute Voraussetzungen für Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Wien, 21. Juli 2020 (aiz.info). - "Nach mehrtägigen Verhandlungen über das Budget der Europäischen Union einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein Ergebnis. Für Österreichs Bäuerinnen und Bauern bringt der Verhandlungserfolg mehr Sicherheit: Statt der ursprünglich geplanten Kürzung des Agrarbudgets gibt es nun ein Plus von 35 Mio. Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027. Damit ist gewährleistet, dass wir den österreichischen Weg der Landwirtschaft mit starker Betonung der Ländlichen Entwicklung weitergehen können. Diese finanzielle Ausstattung bietet Stabilität für die Gemeinsame Agrarpolitik und sichert auch in Zukunft unsere nachhaltige bäuerliche Familienlandwirtschaft, die der Markt nicht bezahlt. Nun gilt es, die Inhalte zu fixieren. Wir müssen den Produktionsstandort Österreich und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe sichern. Hier erwarten wir, wie von der deutschen Ratspräsidentschaft angekündigt, bis zum Jahresende ein Ergebnis", stellte Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** zur Einigung über das EU-Budget fest und dankt dem Bundeskanzler, dass er "in den Verhandlungen konsequent seine Linie gehalten hat und damit auch für Österreichs Bäuerinnen und Bauern erfolgreich war". * * * *

GAP-Budget für Österreich

Konkret heißt das Verhandlungsergebnis, dass für die GAP in Österreich im Vergleich zur jetzigen Finanzplanungsperiode 18 Mio. Euro (-2,6%) weniger für die Säule 1, also für Direktzahlungen, hingegen aber 23 Mio. Euro (+4,2%) mehr für die Säule 2, die Ländliche Entwicklung, zur Verfügung stehen werden. Ursprünglich hatte die Europäische Kommission Kürzungen in der Höhe von insgesamt 770 Mio. Euro vorgesehen, nun gibt es ein jährliches Plus von 5 Mio. Euro (+0,4%).

Landwirtschaft: Einziger vergemeinschafteter Sektor

"Betrachtet man das Gesamtbudget, so muss man sich stets vor Augen halten, dass die Landwirtschaft der einzige vergemeinschaftete Sektor in der EU ist. Dennoch sinkt der Budgetanteil für die Landwirtschaft seit Jahren deutlich. Addiert man alle nationalen Budgets und das EU-Budget, so kommen die Ausgaben für den Agrarbereich auf rund 1%. Damit sichern die Bäuerinnen und Bauern die tägliche Ernährung von rund 500 Mio. Menschen, schaffen einen begehrten Erholungsraum, stellen nachwachsende Rohstoffe sowie Energie zur Verfügung, sichern den Wasserhaushalt und sind Motor in den ländlichen Regionen", so Moosbrugger weiter.

Produktion absichern

"In den jetzt beginnenden Verhandlungen über den Inhalt der neuen Agrarpolitik muss klargestellt sein, dass auch weiterhin eine nachhaltige Produktion möglich ist. Die 'Farm-to-Fork'- und die Biodiversitätsstrategie lassen diesbezüglich noch einige Fragen offen. Denn es kann gelingen, gleichzeitig eine nachhaltige Landwirtschaft, die Ressourcen schont und höchste Qualität liefert, zu betreiben sowie mit entsprechenden Maßnahmen aktiv auf Umwelt und Klima zu achten. Klimaschutz und nachhaltige Landwirtschaft sind nämlich kein Gegensatz, sondern das eine bedingt das andere. Daher ist uns eine an der Praxis und an den Märkten orientierte, inhaltliche Ausgestaltung der künftigen GAP im Sinne der vom Klimawandel als erste betroffenen Land- und Forstwirte so wichtig", so Moosbrugger abschließend. (Schluss) - APA OTS 2020-07-21/10:14

EU-Gipfel: Verpflichtendes "Capping" ist vom Tisch

Künftiger EU-Agrarhaushalt ohne gravierende Veränderungen

Brüssel, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Der EU-Agrarhaushalt wird in den kommenden Jahren weitestgehend fortgeführt. Darauf verständigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs am frühen Dienstagmorgen nach einem Marathon-Sondergipfel in Brüssel. EU-Ratspräsident Charles Michel legte ein Kompromisspapier vor, in dem Kürzungen der Direktzahlungen über 100.000 Euro pro Betrieb und Jahr den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis überlassen werden. Zuvor war das "Capping" als eine verpflichtende Maßnahme in der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgesehen. In den Jahren 2021 bis 2027 sind 258,6 Mrd. Euro für die Direktzahlungen sowie die Marktausgaben in den 27 EU-Mitgliedstaaten vereinbart. Die Summe wurde im Laufe der Verhandlungen um knapp 400 Mio. Euro angehoben. Dafür kürzten die Staats- und Regierungschefs die Ausgaben für die 2. Säule leicht. Aus dem Corona-Aufbaufonds soll es nicht mehr 15 Mrd. Euro, sondern nur noch 7,5 Mrd. Euro für die ländlichen Förderprogramme geben. Dafür wurden auf dem Gipfel die Mittel aus dem EU-Agrarhaushalt für die 2. Säule um 1,6 Mrd. Euro auf 77,5 Mrd. Euro in der anstehenden Finanzierungsperiode aufgestockt. Der Verteilungsschlüssel wird zudem zugunsten einiger Länder verbessert. Österreich bekommt von den 77,1 Mrd. Euro 250 Mio. Euro mehr, Deutschland 650 Mio. Euro und Frankreich 1,6 Mrd. Euro. * * * *

In ihren Schlussfolgerungen erweiterten die Staats- und Regierungschefs weiterhin die Umverteilungsmöglichkeiten zwischen den beiden Säulen der GAP. 25% der Mittel dürfen zwischen den beiden Säulen verschoben werden. Für Agrarumweltmaßnahmen dürfen die EU-Mitgliedstaaten sogar bis zu 40% aus den Direktzahlungen für die ländlichen Förderprogramme abzweigen. In der Schlusserklärung werden die Mittel für die Landwirtschaft an eine Reform der GAP geknüpft, mit größeren Anreizen für den Umwelt-, Klima- sowie den Tierschutz. Der EU-Agrarhaushalt spielte in den langen Verhandlungen nur eine untergeordnete Rolle. Zum Durchbruch kam es, als Ratspräsident Michel die Zuwendungen aus dem Aufbaufonds verminderte und dafür die Kredite erhöhte.

1,8 Mrd. schweres Haushalts- und Finanzpaket

Insgesamt einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ein 1,8 Mrd. schweres Haushalts- und Finanzpaket. Davon sind 1.074 Mrd. Euro für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und 750 Mrd. Euro für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Corona-Wirtschaftskrise veranschlagt. Erstmals werden dafür im Namen der EU Schulden aufgenommen, das Geld umverteilt und gemeinsam über Jahrzehnte getilgt.

Für den 750 Mrd. Euro schuldenfinanzierten Aufbaufonds sind 390 Mrd. Euro (in Preisen von 2018) als Zuschüsse sowie 360 Mrd. Euro als Kredite vorgesehen. Über das Verhältnis von Volumen und Krediten war lange gestritten worden. Die Gruppe der "Sparsamen" beziehungsweise der "Frugalen" (Österreich, Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland) setzte eine Absenkung der nicht rückzahlbaren Zuschüsse durch, wobei ursprünglich 500 Mrd. Euro von der EU-Kommission, Deutschland und Frankreich vorgeschlagen worden waren.

Für den Aufbaufonds nimmt die EU ab nächstem Jahr gemeinsam Schulden auf, diese sollen laut APA bis 2058 getilgt sein. Österreich muss für den Zeitraum Haftungen in Höhe von geschätzten 10,53 Mrd. Euro übernehmen. Größte Empfänger werden laut Diplomaten Italien, Spanien und Frankreich sein, Österreich kann mit 3,7 Mrd. Euro rechnen.

Österreich konnte dabei seinen Budget-Rabatt deutlich erhöhen, wonach für 2021 bis 2027 eine jährliche Pauschalsumme in Höhe von 565 Mio. Euro (in Preisen von 2020 und brutto) vorgesehen ist. Der österreichische Rabatt vervierfacht sich somit von den 137 Mio. Euro in der laufenden Periode.

Einig wurden sich die Staats- und Regierungschefs auch in der hoch umstrittenen Frage, ob EU-Gelder künftig bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit gekürzt werden können. Eine von mehreren Mitgliedsländern erstellte Kompromissformel zur Koppelung von EU-Geldern an die Rechtsstaatlichkeit wurde von allen 27 Staaten angenommen - auch von Polen und Ungarn, die sich zuvor vehement gegen einen solchen Mechanismus aussprachen, zumal gegen beide Staaten Verfahren wegen Verletzung von EU-Grundwerten laufen.

Bundeskanzler **Sebastian Kurz** begrüßte das Ergebnis. "Ich bin mittlerweile etwas müde, aber inhaltlich sehr zufrieden", sagte der Kanzler in den frühen Morgenstunden des Dienstags. "Wir haben ein gutes Ergebnis erreicht für die Europäische Union, und wir haben ein gutes Ergebnis erreicht für die Republik Österreich." Es sei gelungen, sich auf den Finanzrahmen zu einigen und "eine adäquate Reaktion auf die Corona-Krise zustande zu bringen". Durch den starken Zusammenhalt der "frugalen" Länder sei es auch gelungen, viele inhaltlich wichtige Punkte durchzusetzen. (Schluss) mö/hub

EU-Agrarministerrat: 5% Brache reichen

Keine Private Lagerhaltung für Schweinefleisch vorgesehen

Brüssel, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Die EU-Kommission sieht in ihrer Strategie für den Artenschutz 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Brache vor, was Agrarminister zahlreicher EU-Mitgliedstaaten ablehnen. In einer Tischemfrage auf dem Rat konnte sich die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten allenfalls 5% nicht-produktive Flächen vorstellen. Allerdings sollte auf diesen Arealen wenigstens der Leguminosenanbau zugelassen werden, fügten einige Minister hinzu. Sie verwiesen auf die besonderen nationalen Gegebenheiten, die gegen einen einheitlichen Mindestsatz für die Brache sprechen. Außerdem wurde die Versorgungssicherheit angesprochen, weshalb die Landwirtschaft nicht auf Fläche verzichten könne. * * * *

Ähnlich groß war der Widerstand im EU-Agrarrat gegen Mindestanforderungen für die vorgesehenen Ökoregelungen in der 1. Säule der GAP (Eco-Schemes). 14 EU-Mitgliedstaaten lehnen Mindestanforderungen an die Ökoregelungen ab, fasste Ratspräsidentin **Julia Klöckner** nach dem Treffen zusammen. Das Gleiche gelte für ein Mindestbudget für die Ökoregelungen. Deutschland, Frankreich, Spanien, die Niederlande und Dänemark machen sich dagegen für Eco-Schemes als zentrales Element der GAP-Reform stark. Um Anreize für eine umweltgerechte Erzeugung zu geben und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen in der EU zu erhalten, fordern diese Ländern Mindestanforderungen für die Ökoregelungen. EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** befürchtet eine Verwässerung der grünen Architektur und ein Ausbremsen der Reform wie 2013. Damals hatten die EU-Mitgliedstaaten die Ökologische Vorrangfläche auf 5% gedrückt und mit "einfachen" Maßnahmen, wie Zwischen- und Deckfrüchten, ergänzt.

Schweinefleischmarkt unter Beobachtung

Einige EU-Mitgliedstaaten forderten am jüngsten Agrarrat die Eröffnung der Privaten Lagerhaltung (PLH) von Schweinefleisch. Die bisher so positiven Nachrichten vom EU-Schweinefleischmarkt seien inzwischen weniger eindeutig, erklärte Wojciechowski. Der vereinzelte Stau durch geschlossene Schlachthöfe sorge für Preisschwankungen und Unsicherheit bei den Erzeugern. Zudem fordere China von einigen EU-Mitgliedstaaten zusätzliche Zertifikate beim Export. Wojciechowski wolle deshalb den Schweinefleischmarkt im Auge behalten und gegebenenfalls rasch handeln. Aber bisher sieht die EU-Kommission noch keine ausreichenden Gründe für die Öffnung der PLH.

Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** hatte dies auf dem EU-Agrarrat mit dem Hinweis gefordert, dass es die Lage auf dem Markt deutlich entlasten werde. "Die Agrarmärkte sind aufgrund der Corona-Krise unter enormem Druck. Vor allem der Schweinefleischsektor ist von einem massiven Preisverfall durch die Schließung der Fleisch verarbeitenden Betriebe in Deutschland betroffen. Daher muss die EU-Kommission die Private Lagerhaltung auch für Schweinefleisch möglich machen. Es braucht eine dringende Entlastung am Markt", führte Köstinger aus.

Hinsichtlich Rind- und Geflügelfleisch geht die EU-Kommission von einer Stabilisierung durch die Öffnung der Restaurants nach Lockerungen während der Corona-Krise aus. So hätten sich die Preise für Geflügelfleisch im vergangenen Monat um 3% erholt, hielt Wojciechowski fest. Die Private Lagerhaltung für Rindfleisch wurde von dem Sektor kaum genutzt. Die Absatzmöglichkeiten auf dem Markt können deshalb nicht so schlecht gewesen sein, wie zunächst befürchtet, meinte der EU-Agrarkommissar. Die PLH für Magermilchpulver und Butter ende ebenfalls mit geringem Mengeneinsatz. (Schluss) mö

Köstinger: Informationsoffensive für ein gutes Miteinander auf den Almen gestartet

Experten diskutierten beim Almen-Gipfel mögliche Lösungsansätze

Wien, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Rund 2,5 Mio. Wanderer waren im Vorjahr in Österreich im Gebirge unterwegs. Aufgrund von COVID-19 und eingeschränkten Reisemöglichkeiten ins Ausland gehen Experten für heuer von einer höheren Zahl an Erholungssuchenden aus - bei vielen von ihnen handelt es womöglich sogar um den ersten Besuch auf einer Alm im alpinen Gelände.

Landwirtschafts- und Tourismusministerin **Elisabeth Köstinger** stellte heute in einem von ihr initiierten virtuellen Almen-Gipfel ein "gutes Miteinander" zwischen allen auf Österreichs Almen beteiligten Personen, in der Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der heimischen Alm- und Landwirtschaft, in den Mittelpunkt. "Österreichs Almen sind beliebte Ausflugs- und Erholungsziele. Was leider oft vergessen wird: Sie sind vor allem Wirtschaftsraum von Almbäuerinnen und Almbauern sowie Lebensraum für Weidetiere. Unser Ziel ist ein gutes Miteinander auf unseren Almen. Umso wichtiger ist ein konstruktiver Dialog sowie eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Tourismus und der Almwirtschaft", erklärte Köstinger. * * * *

Nach einer tödlichen Kuhattacke im Jahr 2014 auf einer Tiroler Alm und einer darauffolgenden für den Almbesitzer existenzgefährdenden Schadenersatzforderung sind viele Bergbauern weiterhin verunsichert. Eine Informationsoffensive in Zusammenarbeit von Alm- und Tourismuswirtschaft soll weitere tragische Vorfälle, aber auch das Sperren von Almen durch verärgerte Bauern verhindern.

Bereits im Vorjahr wurden durch eine Gesetzesänderung die Eigenverantwortung der Gäste festgeschrieben sowie zehn Verhaltensregeln für den Umgang mit Weidevieh vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) in Zusammenarbeit mit zuständigen Organisationen erstellt, die auf www.sichere-almen.at abrufbar sind. "Jede und jeder hat sich daran zu halten", betonte Köstinger. Tourismusbetriebe sollen ihre Gäste künftig verstärkt darauf hinweisen. Im Gegenzug soll die Almwirtschaft darüber informieren, auf welchen Almen besonders viele Mutterkühe weiden, damit die Gäste über andere Routen den Tieren ausweichen können, und auch weiterhin Sicherheitstafeln aufstellen.

Für absolutes Unverständnis sorgte bei den Almen-Gipfel-Teilnehmern die TikTok-Challenge, bei der Weidevieh bewusst erschreckt wird oder Kinder zum Reiten auf die Tiere gesetzt werden. Die Herden seien anschließend entsprechend aufgebracht. "Dieses Verhalten ist grob fahrlässig. Almen sind keine Streichelzoos. Besucher sind Gäste auf unseren Almen und sind aufgefordert, die Verhaltensregeln einzuhalten", betonten alle Diskussionsteilnehmer.

Auch unsachgemäß entsorgter Müll, der nach zahlreichen Jahren in Mikroplastik zerfällt, stelle eine Gesundheitsgefährdung sowohl für Alm- als auch für Wildtiere dar. Hier sei ebenso Bewusstseinsbildung angebracht.

Almprodukte besser vermarkten

In einer engeren Zusammenarbeit von Alm- und Tourismuswirtschaft soll außerdem die Vermarktung von traditionell hergestellten Almprodukten verbessert werden. Diese Erzeugnisse sollen künftig mit einem von der AMA vergebenen Alm-Siegel mit Edelweiß klar gekennzeichnet werden sowie die Wertschätzung und Wertschöpfung für die Almbauern erhöhen.

"In Zukunft sollte es auch möglich sein, Wanderwege, die durch Almen verlaufen, zu verlegen", lautet eine Forderung von **Erich Schwärzler**, Bundesobmann der Almwirtschaft Österreich. Dadurch könnte auf Gefahrenbereiche reagiert werden. "Almgebiete sind für viele Gäste und Einheimische Seelenschutzgebiete. Gute Rahmenbedingungen müssen die Viehhaltung auf den Almen, die mit erheblichem Arbeitsaufwand und hohem Einsatz seitens der Bäuerinnen und Bauern verbunden ist, auch in Zukunft gewährleisten. Es gibt sehr einfache Verhaltensregeln, die sicherstellen, dass Mensch und Tier nicht gefährdet werden und die Almen weiterhin für Gäste geöffnet bleiben können. Jeder, der eine Alm besucht oder durchwandert, muss wissen, wie er oder sie sich zu verhalten hat", brachte es Schwärzler auf den Punkt.

"Almen sind nicht nur Kulturlandschaften, sie sind auch Arbeitsplatz für Almbauern, Lebensraum für Weidevieh und Erholungsgebiet für Gäste, aber kein Streichelzoo", betonte **Gerald Dunkel-Schwarzberger**, Präsident des Verbandes Alpiner Vereine Österreich. Bei einer Wanderung auf eine Alm gehe es um Respekt hoch drei - gegenüber den Menschen, die dort arbeiten, den Tieren und gegenüber der Natur, so Dunkel-Schwarzberger.

Weitere Teilnehmer des Almen-Gipfels waren WKÖ-Vizepräsidentin Martha Schultz, Josef Obweger, Obmann des Kärntner Almwirtschaftsvereins, Josef Lanzinger, Obmann des Tiroler Almwirtschaftsvereins, Erwin Gruber vom Almenland und Thomas Wirsberger vom Tourismusverband Großarl "Tal der Almen". (Schluss) hub

Bauernbund: 35 Mio. Euro mehr für Land- und Forstwirtschaft schaffen Zukunftsperspektive

Kurz sichert in Marathonverhandlungen hervorragendes Ergebnis für unsere Bäuerinnen und Bauern

Wien, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Die EU-Staaten haben sich auf das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte geeinigt. Zusammen umfasst das Paket 1,8 Billionen Euro - davon 1.074 Mrd. Euro für den nächsten siebenjährigen Haushaltsrahmen. "Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sein Versprechen durchgesetzt und für die österreichische Land- und Forstwirtschaft ein sensationelles Ergebnis verhandeln können. Statt eines Minus von 770 Mio. Euro - wie von der EU-Kommission vorgeschlagen - erhält die Landwirtschaft nun zusätzlich 35 Mio. Euro im Zeitraum von sieben Jahren. Mit diesem sensationellen Verhandlungserfolg wird die große Wertschätzung der Bundesregierung für die Land- und Forstwirtschaft auch in Zahlen gegossen", zeigt sich Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** in einer ersten Reaktion sehr zufrieden. * * * *

Entscheidende Phase für Gemeinsame EU-Agrarpolitik

Der Mehrjährige Finanzrahmen legt den Grundstein für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2021 fest. Die heutige Budgeteinigung bringt für Österreich im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2020 ein Plus von 4,1% für die Ländliche Entwicklung, also ein Plus von 23 Mio. Euro pro Jahr. Bei den Direktzahlungen ergibt sich ein Minus von 2,6% und damit minus 18 Mio. Euro pro Jahr. In Summe bedeutet das für Österreich ein Plus von rund 35 Mio. Euro EU-Mittel über sieben Jahre (plus 5 Mio. Euro jährlich bzw. plus 0,4%).

"Für den Bauernbund ist der Einsatz für Kontinuität sowie Stabilität im EU-Budget eines der wichtigsten politischen Anliegen, denn davon ist abhängig, ob unser vorbildhafter Weg in der Land- und Forstwirtschaft fortgesetzt und weiterentwickelt werden kann. Nun ist die deutsche EU-Ratspräsidentschaft am Zug, damit bis Ende Oktober 2020 die allgemeine Ausrichtung der GAP steht. Wir brauchen jetzt Planungssicherheit und Gewissheit, wie es mit der Land- und Forstwirtschaft in den kommenden Jahren weitergeht, auch um so schnell wie möglich die Corona-Krise bewältigen zu können", so Strasser.

Große Umwelt- und Klimaziele brauchen ambitionierte Finanzierung

Die von der Kommission hoch gesteckten Umwelt- und Klimaziele, die unter anderem im "New Green Deal" der EU-Kommission festgehalten werden, stellen die Land- und Forstwirtschaft vor enorme Herausforderungen. "In den vergangenen Jahren wurden immer höhere Ansprüche an die Bäuerinnen und Bauern gestellt. Mit diesem Budget können wir die zukünftige Agrarpolitik in Österreich gestalten. Ziel muss es bleiben, die ökosoziale Agrarpolitik und den österreichischen Weg der regionalen, nachhaltigen und qualitätsorientierten Produktionsweisen zu stärken und nicht zu schwächen", so Strasser abschließend. (Schluss) - APA OTS 2020-07-21/12:12

EU-Budget: Agrarpolitiker begrüßen Ergebnis für Österreichs Land- und Forstwirtschaft

Bernhuber und Schmiedtbauer: 35 Mio. Euro mehr für beide Säulen der GAP - 30% für den Klimaschutz

Brüssel/St. Pölten/Innsbruck/Eisenstadt/Linz, 21. Juli 2020 (aiz.info). - "Das Ergebnis, das Bundeskanzler Sebastian Kurz nach mühsamen Verhandlungen durchgesetzt hat, ist ein großer Erfolg für Österreich und für die heimische Land- und Forstwirtschaft", kommentieren die EU-Abgeordneten aus dem Bauernbund, **Simone Schmiedtbauer** und **Alexander Bernhuber**, das Ergebnis des Gipfels zum neuen EU-Langzeitbudget für 2021 bis 2027 und den Aufbauplan "NextGenerationEU". Der ursprüngliche Vorschlag war mit einem jährlichen Minus von 110 Mio. Euro für die Landwirtschaft auf den Tisch gelegt worden, das finale Verhandlungsergebnis sind 35 Mio. Euro mehr für beide Säulen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). * * * *

"Das ist ein klares Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft und eine echte Wertschätzung für die Bäuerinnen und Bauern", zeigen sich Schmiedtbauer und Bernhuber erfreut. Für die Landwirtschaft ebenso erfreulich: 30% des EU-Budgets sowie des Aufbauplans sollen in den Klimaschutz investiert werden. "Dadurch können die heimischen Bauern noch mehr profitieren."

Pernkopf/Nemecek: Kurz und Köstinger sind starke Partner für Landwirtschaft

Aus Sicht des Niederösterreichischen Bauernbundes zeigt das Ergebnis die Verhandlungsstärke und die große Rolle, die Österreich seit Beginn der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz in der EU mittlerweile wieder einnimmt. "Es zeigt aber auch, dass unser Bundeskanzler sowohl ein starker Partner der Bauern als auch ein großer Freund und Förderer des ländlichen Raumes ist. Wir brauchen eine starke Land- und Forstwirtschaft sowie einen starken ländlichen Raum", betont die NÖ Bauernbund-Spitze um LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** und Direktor **Paul Nemecek**. Jetzt brauche es eine praxisgerechte Umsetzung für die Zukunft der heimischen Landwirtschaft. "Corona hat uns gezeigt, dass es unsere kleinstrukturierte, flächendeckende Landwirtschaft ist, die die Lebensmittelselbstversorgung sicherstellt. Manche Vorschläge der Kommission in der Agrarpolitik sind europafeindlich, weil sie die Produktion auf den eigenen Feldern erschwert und damit die Eigenversorgung der Bevölkerung gefährdet. Stattdessen müssten mehr Lebensmittel importiert werden. Vorerst konnten wir diese Maßnahmen abwehren, es braucht aber weiterhin starke Partner der Landwirtschaft, damit das auch so bleibt", wurde betont.

Wichtiges Signal für die heimische Landwirtschaft

Für den Tiroler LK-Präsidenten **Josef Hechenberger** ist mit diesem Verhandlungsergebnis ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung gelungen. "Die Leistungen unserer kleinstrukturierten Betriebe sind vielfältig und für den ländlichen Raum unverzichtbar. Durch ständig steigende Anforderungen, die vor allem für das Berggebiet große Herausforderungen mit sich bringen, ist der flächendeckende Erhalt unserer Land- und Forstwirtschaft nur durch eine entsprechende Abgeltung dieser zusätzlichen Leistungen zu sichern. Das muss in den weiterführenden Verhandlungen berücksichtigt werden", so Hechenberger.

GAP-Verhandlungen zügig fortsetzen

Sicherheit für die weitere Bewirtschaftung der heimischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sieht auch Burgenlands Bauernbund-Obmann **Nikolaus Berlakovich** im Verhandlungsergebnis. Damit werde der Grundstein gelegt, um den erfolgreichen Weg einer ökologisch-orientierten sowie regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft fortzusetzen, erklärt er in einer ersten Reaktion. "Nun gilt es, die Inhalte der Gemeinsamen Agrarpolitik zu fixieren, denn unsere Betriebe müssen wettbewerbsfähig bleiben. Hier erwarten wir, wie von der deutschen Ratspräsidentschaft angekündigt, bis zum Jahresende ein Ergebnis."

Dem schließen sich auch Oberösterreichs Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** und LK-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger** an. "Auch, wenn mittlerweile von einem zweijährigen Übergangszeitraum bis zum Inkrafttreten der neuen GAP im Jahr 2023 ausgegangen wird, brauchen die bäuerlichen Familienbetriebe nun rasch Planungs- und Rechtssicherheit, damit wieder in einem größeren Umfang Investitionen auf den Betrieben getätigt werden können", betont Hiegelsberger.

Nationale Strategiepläne zur GAP-Umsetzung praxistauglich gestalten

Hinsichtlich der zur konkreten Umsetzung der GAP in den Mitgliedstaaten notwendigen nationalen Strategiepläne, die sich in Österreich derzeit in Ausarbeitung befinden, fordert die LK "mit allem Nachdruck" eine praxistaugliche Ausgestaltung, um insbesondere beim Agrarumweltprogramm eine möglichst flächendeckende Teilnahme der Betriebe weiter sicherstellen zu können, so Langer-Weninger. "Zudem braucht es höhere finanzielle Anreize in der Investitionsförderung und bei der Umsetzung von Qualitätsprogrammen, um die heimische bäuerliche Landwirtschaft im Wettbewerb am EU-Binnenmarkt weiter zu stärken." (Schluss)

Schmuckenschlager: GAP-Budget stärkt heimische Betriebe

Stabile Versorgungssicherheit ist nur mit Bäuerinnen und Bauern möglich

St. Pölten, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Für funktionierende bäuerliche Familienbetriebe ist es besonders wichtig, dass die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene sichergestellt wird. Bundeskanzler Sebastian Kurz konnte durch harte Verhandlungen nicht nur Kürzungen im Agrarbudget abwenden, sondern hat es geschafft, die Ländliche Entwicklung auszubauen und das gesamte Agrarbudget um 35 Mio. Euro für die nächste Periode 2021 bis 2027 leicht zu erhöhen. * * *

*

Die Mittel aus dem EU-Budget sichern nicht nur leistbare Lebensmittel, sie sind ebenso eine stabile Säule für die heimischen Betriebe. Das spielt auch hinsichtlich des Fortbestandes einer familiengeführten Landwirtschaft eine wesentliche Rolle. "Es geht darum, die Leistungsfähigkeit und Flexibilität der bäuerlichen, nachhaltigen Familienbetriebe in Österreich zu erhalten und zu stärken, um letztendlich die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln sicherstellen zu können. Dies muss auch oberstes Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik sein", erklärt **Johannes Schmuckenschlager**, Präsident der Landwirtschaftskammer NÖ.

"Mit Bundeskanzler Sebastian Kurz haben wir einen starken Partner, der über den Wert der heimischen Land- und Forstwirtschaft sowie die Notwendigkeit einer sicheren Versorgung mit

regionalen Lebensmitteln Bescheid weiß und sich dementsprechend für den ländlichen Raum einsetzt. Das ist nach den Erfahrungen der letzten Monate noch viel wichtiger", so Schmuckenschlager. Es muss jedem klar sein, dass eine stabile Versorgungssicherheit nur mit Bäuerinnen und Bauern möglich ist. Das hat uns insbesondere die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist daher nicht nur Politik für die Klientel der Land- und Forstwirtschaft, sondern für die Gesamtbevölkerung. Die Funktionalität der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ist jedoch nur bei entsprechender Abgeltung der erbrachten Leistungen auf Basis ausreichender Mittelausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik gewährleistet.

Ursprünglich hatte die Europäische Kommission ein Minus von 770 Mio. Euro für die Gesamtperiode, das heißt 110 Mio. Euro jährlich, vorgesehen - nun gibt es ein jährliches Plus von 5 Mio. Euro. Besonders die 2. Säule, die Ländliche Entwicklung, wurde für Österreich gestärkt. (Schluss) - APA OTS 2020-07-21/12:37

Kartoffelmarkt: Sehr großes Angebot frühreifender Sorten wartet auf Abnehmer

Druck anhaltend hoch - Erzeugerpreise erneut zurückgenommen

Wien, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Die Hoffnung, dass sich der heimische Kartoffelmarkt auf dem reduzierten Preisniveau stabilisiert, hat sich nicht erfüllt. In Niederösterreich steht unverändert ein reichliches Angebot an sehr früh reifenden Sorten zur Verfügung, das vom Markt nur schwer aufgenommen werden kann. Zwar bleiben die Absatzmengen im Lebensmittelhandel gut, es fehlt aber an Nachfrage aus der Gastronomie. Enorm schwierig gestaltet sich die Vermarktung der zum Teil riesigen Knollen, die heuer bereits um diese Jahreszeit reichlich anfallen. In diesem Bereich wird der reduzierte Absatz in die Gastronomie besonders spürbar. Auch Exporte, die den Markt entlasten würden, können nur in sehr geringem Umfang getätigt werden. * * * *

Insgesamt bleibt der Druck auf den Kartoffelmarkt hoch und die Preise wurden erneut zurückgenommen. In Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark wurden zu Wochenbeginn für mittelfallende Ware meist 12 bis 15 Euro/100 kg bezahlt. Für Übergrößen lagen die Preise zuletzt nur mehr bei 7 bis 10 Euro/100 kg. In Oberösterreich zeigen sich Angebot und Nachfrage besser im Gleichgewicht, zu Wochenbeginn wurden unverändert bis zu 22 Euro/100 kg bezahlt.

In Deutschland übernimmt die eigene Frühkartoffelproduktion zunehmend den Regalplatz der Importware aus dem Mittelmeerraum. Dass das Angebot an Importkartoffeln heuer frühzeitig nachlässt, kommt dem steigenden eigenen Angebot an schalenfesten Frühkartoffeln in Deutschland zugute und kann den sich aufbauenden Preisdruck abfangen. Die Ertragssituation stellt sich in allen Anbaugebieten als zufriedenstellend dar. Die Erzeugerpreise haben zwar nachgegeben, übertreffen das österreichische Niveau aber weiterhin deutlich. Zu Wochenbeginn wurden für festschalige Ware 30 bis 32 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

Land Oberösterreich fördert Ankauf weiblicher Zuchtrinder

Hiegelsberger: Qualitätsverbesserung bei heimischen Milchkuhbeständen angestrebt

Linz, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Um Markteinbrüche aufgrund der COVID-19-Pandemie zu lindern, gewährt das Land Oberösterreich beim Ankauf von weiblichen Zuchtrindern bei Versteigerungen im Bundesland einen Zuschuss. "Mit der Förderung von 200 Euro beim Ankauf von weiblichen Zuchttieren, von den Rinderzuchtverbänden in Oberösterreich organisierten Versteigerungen ab einem Zuschlagspreis von mindestens 1.500 Euro, werden Investitionen in gute Genetik bei schwierigen Marktbedingungen erleichtert. Eine hohe Qualität in unseren Beständen ist gerade in Zeiten wie diesen notwendig, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen am Rindermarkt gut bewältigen zu können", betont Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**. * * * *

Die Abwicklung der Förderung läuft über die jeweiligen oberösterreichischen Rinderzuchtverbände. Die Anträge werden von den Zuchtverbänden an die Landwirtschaftskammer übermittelt, zusammengeführt sowie einer Kontrolle unterzogen. "Damit kann eine rasche und unbürokratische Abwicklung, insbesondere in Hinblick auf die Corona-Krise, gewährleistet werden", so Hiegelsberger.

Diese Förderung wird nur beim Ankauf von weiblichen Zuchtrindern der Mindest-Leistungsklasse 2a und 2b gewährt, mit einem Mindest-Ankaufspreis von 1.500 Euro pro Tier. Pro Betrieb werden maximal drei förderfähige Tiere subventioniert. Der Antragsteller muss Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Milchviehbetriebes mit Betriebsstandort in Oberösterreich sein und darf die förderfähigen Tiere nur bei Versteigerungen der drei OÖ Rinderzuchtverbände erwerben. Diese Ankaufsbeihilfe zählt zu den "De-minimis"-Förderungen - sie startet mit 1. August und endet am 31. Oktober 2020. Alle weiteren Informationen gibt es bei den Rinderzuchtverbänden. (Schluss)

Tirol: DNA-Analyse bestätigt Wolfsverdacht im Bezirk Reutte

Weitere Schafsrisse im Gemeindegebiet von Kössen und Walchsee

Innsbruck, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Die DNA-Analyse bei einem am 10. Juni 2020 in der Gemeinde Weißenbach tot aufgefundenen Reh hat nun einen Wolfsnachweis ergeben, teilt die Landesregierung mit. Indes wurden gestern im Bezirk Kitzbühel weitere Schafsrisse gemeldet: Im Gemeindegebiet von Kössen wurden vier tote Tiere aufgefunden, in der Nachbargemeinde Walchsee eines. Die Kadaver wurden amtstierärztlich untersucht. Aufgrund des Rissbildes ergibt sich demnach ein konkreter Wolfsverdacht. Zur weiteren Abklärung wurden Tupferproben für eine DNA-Analyse genommen. Diese werden an das Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie nach Wien geschickt. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich in drei Wochen vor. (Schluss)

Ukraine: Weitere Bestandseinbußen in der Veredelungswirtschaft

Deutlich weniger Rinder und Schweine eingestallt

Kiew, 21. Juli 2020 (aiz.info). - Wie der nationale Staatsdienst für Statistik Ende der Vorwoche mitteilte, wurden in der Ukraine zum Stichtag 1. Juli knapp 3,47 Mio. Rinder gezählt, um 6,6% weniger als zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres. Dabei verringerte sich die Zahl an Kühen um 6,3% auf fast 1,78 Mio. Stück. Es zeigte sich auch, dass das Minus in den Beständen der gemeinschaftlich geführten Landwirtschaftsbetriebe mit -8,5% auf etwa 1,03 Mio. Tiere deutlich höher ausfiel als in den privaten Haushalten mit -5,7% (2,44 Mio. Stück). Auch die Zahl der Schweine ging im Berichtszeitraum um 5,3% auf beinahe 6,07 Mio. Tiere sowie bei Kleinvieh um 6,3% auf insgesamt mehr als 1,47 Mio. und bei Geflügel um 1,9% auf gut 248,8 Mio. Stück zurück. Wie aus der Mitteilung ferner hervorgeht, stieg die Produktion von Schlachttieren im ersten Halbjahr um 0,8% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 auf fast 1,65 Mio. t Lebendgewicht. Dagegen ging die Milcherzeugung um 3,7% auf knapp 4,59 Mio. t und auch jene von Eiern um 0,7% auf über 8,54 Mrd. Stück zurück. (Schluss) pom